

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/16D

23. August 1976

Warnung vor einem neuen Spaltungsversuch

-----  
CDU/CSU-Slogan "Freiheit statt Sozialismus"  
gefährdet das freie Deutschland

Von Georg Leber MdB  
Bundeverteidigungsminister und Mitglied  
des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Die Herausforderung freier Wahlen

-----  
Die Demokratie kann Spanien den Weg nach  
Europa öffnen

Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen  
Fraktion im Europäischen Parlament und Vor-  
sitzender des Deutschen Rates der Europäischen  
Bewegung

Seite 3 / 23 Zeilen

Sonthofen schlägt auf die CDU zurück

-----  
Die Union verfängt sich im selbstprovozierten  
Chaos

Seite 4 / 38 Zeilen

Ein Professor sieht rot

-----  
Anmerkungen zu einem psychologischen Nonsense

Seite 5 und 6 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 88  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 88 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Warnung vor einem neuen Spaltungsversuch

CDU/CSU-Slogan "Freiheit statt Sozialismus" gefährdet das freie Deutschland

Von Georg Leber MdB

Bundeverteidigungsminister und Mitglied des SPD-Vorstandes

Ich möchte mich hier zu einem Punkt zu Wort melden, der mich persönlich mit großer Sorge erfüllt. Unser guter Platz in der Welt bei einem Vergleich mit anderen Völkern ist nicht zuerst darauf zurückzuführen, daß wir auf allen Gebieten soviel tüchtiger sind als andere. Der Hauptgrund für den guten Status, den wir haben, das ist die Tatsache, daß unser Volk störungsfrei seiner Arbeit nachgegangen ist. Und wir sagen Dank an die Adresse aller derer, die störungsfrei gearbeitet haben. In der Zeit, in der die Sozialdemokraten unser Land regieren, haben sie ganz gewisse auch Fehler gemacht. Aber eines haben sie nicht getan: Sie haben nie, bei keiner Gelegenheit und zu keiner Zeit, versucht, unser Volk zu spalten. Sie haben nie den Versuch gemacht, Gegensätze zu entfachen oder am Leben zu erhalten, weil sie vielleicht parteitaktisch genutzt hätten. Sie haben nie eine Gruppe gegen die andere ausgespielt, oder auch nur den Versuch dazu gemacht. Die Sozialdemokraten haben das Gegenteil versucht. Sie haben immer zusammengeführt, wo es möglich war, zusammenzuführen, und haben Leute, die an verschiedenen Tischen saßen und Differenzen miteinander hatten, an einen Tisch und sie dazu gebracht, über ihre Differenzen miteinander zu reden. Sie haben versucht, auszugleichen und die Gegensätze abzutragen.

Unser Vaterland ist leider gespalten. Wir Sozialdemokraten dürften es nicht zulassen, daß der verbliebene freie Teil noch einmal, so wie es parteipolitisch opportun ist, horizontal und vertikal gespalten wird. Wir Sozialdemokraten wissen, daß wir ein tüchtiges und ein freies und erfolgreiches Unternehmertum nicht minder nötig haben wie eine freie und eine tüchtige, eine selbstbewußte und erfolgreiche Arbeitnehmerschaft. Diese Millionen Arbeitnehmer, die das Rückgrat der Sozialdemokratie sind und bleiben, haben in einer über 100jährigen Geschichte immer dort gekämpft, wo es um die Freiheit gegangen ist. Sie haben sich für die Freiheit geschlagen und sie haben sich für die Freiheit schlagen lassen, zum Teil von den politischen Vätern derer, die heute sagen: "Freiheit oder Sozialismus".

Das müssen sich die Kohls und Bledenköpfe einmal durch den Kopf gehen lassen und sich fragen, wen sie da verletzen, wenn sie "Freiheit oder Sozialismus".

lismus" sagen, und was die vielen Millionen Arbeitnehmer, die Jahrzehnte hindurch für die Freiheit, gerade für die Freiheit gestanden haben, dabei empfinden. Wer diesen Teil des Volkes mit einem Schlagwort in die Nähe der Kommunisten rückt, der geht einen gefährlichen Weg. Hier werden Gräben aufgerissen und Gefühle entfacht, die sehr gefährlich sind. Wer vom Miteinander ins Gegenteil führt, der führt, ob er will oder nicht, auch weg vom Arbeitsfrieden in unseren Betrieben, und der führt hinein in eine spannungsgeladene Atmosphäre der Gegnerschaft; sie wird produziert, wenn man "entweder oder" sagt. Die Rechnung für die Politik der CDU zahlt dann das Volk und alle die, die am Frieden in unseren Werkstätten interessiert sind. Der Arbeitsfriede ist etwas, mit dem man sorgfältig umgehen muß. Vielleicht sind das Zusammenhänge, die Dr. Kohl und Prof. Biedenkopf nicht ganz eingegangen sind. Wenn das so ist, dann spielen sie aus Unerfahrenheit ein gefährliches Spiel mit einem hohen Gut unseres Landes.

Ich sage das, weil mir dieser Punkt in einem besonderen Maße etwas wert ist. Ich habe an führender Stelle mit anderen zusammen einen guten Teil meines eigenen Lebens in den Gewerkschaften daran gearbeitet, um Gegensätze abzubauen und Gräben einzuheben. Der solide und der freiheitlich empfindende Teil unseres Volkes wird sich am 3. Oktober diesen Foul-Spielern der CDU gegenüber verhalten wie ein guter Schiedsrichter auf dem Sportplatz. Er wird ihnen hoffentlich die gelbe oder vielleicht sogar die rote Karte zeigen und sie vom Platz stellen, damit sie keinen Unfug mehr errichten.

Unser Volk sollte wissen, was es hat, und es sollte sich nicht von der CDU zum Tanz auf Eis führen lassen. Ich halte diesen Punkt für sehr bedeutsam. Die CDU, wie sie jetzt aussieht, wird kaum bewahren können, was bis jetzt erreicht wurde, weil das, was erreicht worden ist, zustande gekommen ist auf dem Boden eines gesicherten Arbeitsfriedens. Wer die Menschen zum Gegeneinander aufspielt und parteiaktische Gründe in den Vordergrund schiebt, der muß wissen, daß er damit Geister ruft, mit denen er nachher nicht mehr fertig wird. Die Sozialdemokratie ist eine Partei mit über 100 Jahren Geschichte, in der Freiheit großgeschrieben war. Sie ist für Unterdrückte und Rechtlose eingetreten, solange sie politisch atmen konnte und wird es auch künftig tun. Die Rechten werden es nicht schaffen, Freiheit gegen Sozialismus auszuspielen, und auch die Götzenanbeter der kommunistischen Seite können die Bürger nicht täuschen, denn der angebliche Sozialismus "Marke DDR" hat mit dem, was wir unter Freiheit verstehen, überhaupt nichts zu tun. Wir stehen in der Tradition des demokratischen Sozialismus, der Befreiung, der Mündigkeit und der Selbstverwirklichung des Menschseins.  
(-/23.8.1976/mie/e)

+ + +

### Die Herausforderung freier Wahlen

Die Demokratie kann Spanien den Weg nach Europa öffnen

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion im  
Europäischen Parlament und Vorsitzender des Deutschen  
Rates der Europäischen Bewegung

Spanien ist ein Land Europas, sein Volk gehört in den europäischen Kulturkreis, sein Verhältnis zum freien Europa und zur Europäischen Gemeinschaft im besonderen ist jedoch von der Unterdrückung der Demokratie durch Franco bestimmt worden. Nach 37 Jahren Faschismus sind in Spanien nun erste Anzeichen einer allmählichen Hinwendung zur Demokratie und zur Europäischen Gemeinschaft zu beobachten. Dies hat der spanische Außenminister bei seinem Besuch in der Bundesrepublik deutlich herausgestellt. Die aufgeschlossene Haltung der sozial-liberalen Koalition und der von ihr getragenen Bundesregierung angesichts dieser Bemühungen ist zu begrüßen. Die Völker des freien Europas sind aufgerufen, die sich formierenden Kräfte der Demokratie Spaniens zu ermutigen und zu unterstützen.

Die Europäische Gemeinschaft wird über eine schrittweise Einbeziehung und schließlich über einen Aufnahmeantrag Spaniens erst mit einer demokratisch gewählten Regierung verhandeln. Zu der Demokratisierung des staatlichen Lebens in Spanien bedarf es zunächst weiterer Fortschritte, der Verwirklichung rechtsstaatlicher Prinzipien, der Bildung einer funktionfähigen Parteienvielfalt und freier Gewerkschaften. Die Sozialdemokraten zweifeln nicht daran, daß das spanische Volk die Herausforderung freier Wahlen nutzt und den demokratischen Parteien die Macht im Staate anvertraut. Sie sind überzeugt, daß die Sozialisten unter Felipe Gonzales dabei die Unterstützung aller fortschrittlich denkenden Menschen erhalten, und daß die Kommunisten ähnlich wie in Portugal auch in Spanien keine Chance haben, Mehrheiten zu bilden. (-/23.8.1976/va/ee)

+ + +

Sonthofen schlägt auf die CDU zurück

Die Union verfängt sich im selbstprovokierten Chaos

Hinter dem Dreggerischen Urwaldgeschrei, mit dem die CDU etwa in Hessen ihren "heißen" Wahlkampf eröffnete, wird immer deutlicher, daß diese "Unions"-Partei in der Führungsgruppe zerfahren und in der Aussage völlig unsicher geworden ist, was insgesamt auf die schon beängstigende Führungsunfähigkeit des Mannes zurückzuführen ist, dessen völlig verfremdetes Konterfei jetzt von den Unions-Wahlplakaten verloren und verängstigt in eine unfreundliche Umwelt schaut. Von den großen Siegeserwartungen, mit denen sich die CDU bisher selbst aufgeputscht hat, ist sowieso nichts mehr übrig geblieben. Der nominelle Spitzenmann selbst würde sich schon überglücklich schätzen, wenn er, allein oder in irgendeiner unsicheren Koalition, mit gerade nur einer Stimme "regieren" könnte. Das höchste, was er jetzt noch für den 3. Oktober erwartet, wäre ein Patt...

Das wirre Durcheinander, als das sich die CDU heute dar- und vorstellt, wird tagtäglich konfuser. Bleiben wir nur bei dem aktuellen Thema Deutschlandpolitik. Da wird von der einen Seite der CDU-"Führung" mit allen möglichen massiven Ankündigungen und Androhungen auf die Anti-DDR-Pauke geschlagen, wobei es den Trommlern völlig egal ist, ob dabei auch noch der letzte Rest an innerdeutschem Porzellan in Scherben gedroschen wird. Auf der anderen Seite der CDU-"Führung" mahnt man, von der wilden Wortcourage der eigenen Parteifreunde aufgeschreckt, zur Besinnung und lehnt abrupte Wirtschaftsanktionen besorgt ab. Dabei wird auf das oder ein Ansehen weder der Partei noch ihrer Führungspolitiker nicht mehr die geringste Rücksicht genommen. Man benimmt sich so, als ob man heute bereits endgültig wisse, daß man auch am 4. Oktober auf den frustrierenden Oppositionsbänken sitzen werde.

Die Sonthofener Parole des "großen Vorsitzenden" Franz Josef Strauß hat schreckliche Bumerangwirkung im eigenen Lager gezeitigt. Die Union verfängt sich im selbstproduzierten Chaos. (a/23.8.1976/bgj/e)

\* \* \*

### Ein Professor sieht rot -----

#### Anmerkungen zu einem psychologischen Nonsens

Dem Hamburger Psychologie-Professor Dr. Peter R. Hofstätter überkam, wie er der "Deutschen Zeitung - Christ und Welt" dreispaltig darlegte, "panischer Schrecken". Der Anlaß: Ein Plakat der SPD - "Schwarz-Rot-Gold und SPD im roten Feld" - mit Zitaten von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Erster Grund des professoralen Schreckens ist das Wort Brandts: "Verantwortung für Deutschland das heißt: Unserem Volk und seinem einzelnen Bürger Sicherheit gewähren im Innern und nach außen." Hier stößt sich Hofstätter an dem Wort "gewähren", das er nicht, wie es gemeint ist, als "gewährleisten" versteht, sondern als obrigkeitliche Attitüde glossiert. Aber es kommt noch schlimmer. Der Professor sieht in der Tatsache, "daß die SPD ihre Initialen munter (!) in das rote Mittelfeld setzt (...), eine 'Aussage' von nicht zu überbietender Arroganz". Und weiter: Das Wort "Verantwortung" aus Brandts Mund und das Zitat von Helmut Schmidt ("... vielleicht sogar Modell für andere") bringt ihn auf den Gedanken, hier handele es sich um ein Modell von der Art, daß "der Regierungschef Kossygin offenbar sehr viel geringere Entscheidungsbefugnisse besitzt als der Parteichef Breschnjew."

Donnerwetter, ist der Mann politisch gebildet, auch wenn er offensichtlich nur sehr schlecht sieht, denn das Kürzel SPD steht tatsächlich rot im goldenen Feld. Kein Wunder, daß sein "panischer Schrecken" nach der Assoziation Brandt-Breschnjew und Schmidt-Kossygin weitere Expektorationen aus ihm herauspreßt, wenn er unten auf dem Plakat auch noch Schwarz (die Schrift)-Weiß (das Papier)-Rot (die Buchstaben SPD) entdeckt. Da ist die Assoziation "Blut und Boden" natürlich naheliegend und die Schlußfolgerung zwingend: "Derlei nationalistische Beachwürfungen dürften kaum zu vermeiden sein, wenn man nach dem gemeinsamen Nenner aller Bürger im Rahmen einer Einheitspartei sucht, die über den Pluralismus eines demokratischen Mehrheitsparteiensystems triumphiert hat (...). Die SPD stilisiert sich ganz bewußt zur einzigen Partei für alle in einem Staat, dessen Regierung dem Parteivorsitzenden unterstellt ist." Wie so etwas kommt, dafür bleibt

der Psychologe Hofstätter, ein wahrhaft würdiger Nachfolger Wilhelm Wundts und Sigmund Freuds, die Erklärung nicht schuldig: "Es scheint, daß sich die Demokraten in der SPD gegenüber dem Doppelgespann Brandt/Schmidt ebenso zum stillen Wohlverhalten verpflichtet haben wie die neuerdings verstummten Juso-Sprecher auf der Linken."

Die "Demokraten in der SPD" - solche Wortwahl war dem Leser bisher nur als Terminologie von Linksaußen, z. B. DKP, oder von Rechtsaußen, z. B. Alfred Dregger, geläufig. Solchermaßen atutzig geworden, entsann er sich, die Farben Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot in diesen Wochen doch auch schon anderweitig gesehen zu haben. Nämlich die CDU-Plakate mit freilich anderem Text ("Aus Liebe zu Deutschland" usw.) und mit leicht nach rechts geneigten Nationalfarben und dem Schwarz (Text) -Weiß (Papier)-Rot (CDU) drum herum - von den umstrittenen Autoaufklebern mit schwarzem Kennzeichen D auf weißem Grund und rotem C und U daneben ganz zu schweigen.

Vielleicht macht sich Prof. Hofstätter auch hier einmal an eine tiefeschürfende Interpretation. Und vielleicht mißt er auch einmal das Verhältnis des CSU-Vorsitzenden zur Bayerischen Staatsregierung mit der Eile des Breschnjew-Kossygin-Modells, nachdem kürzlich Meldungen durch die Presse gegangen sind, Strauß habe einen Beschluß von Goppels Kabinett "umgestoßen". Bei Hofstätter liegt allerdings der Verdacht nahe, daß ihn, der "Schmidts Vorbildlichkeit (...) psychologisch aus der persönlichen Methode der Angestabwehr (...) ableiten" zu können glaubt, bei der Betrachtung von SPD-Plakaten der psychische Mechanismus der Projektion beeinflusst, von dem der Tiefenpsychologe S. Elhardt schreibt: "Die Umwelt wird mit den verdrängten eigenen Aggressionen aufgeladen, dämonisiert (...). Die Angstentlastung wird mit einer Verzerrung der Realitätswahrnehmung, der Kausalität oder einer verhältnismäßig gerechten Beurteilung der Realität erkaufte."

Die von der Redaktion der "Deutschen Zeitung" gewählte Überschrift mit dem Imperativ "Treibt es nicht zu bunt" hat seine Berechtigung, wenn man ihn, dem Professor Hofstätter und der "Deutschen Zeitung" ins Stammbuch schreibt. Die große Zahl der protestierenden Leserbriefe beweist das.

Anton Borghoff  
(-/23.8.1976/mie/e)

+ + +